



Detailansicht des Registereintrags

Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e. V.

Stand vom 23.02.2026 14:27:55 bis 17.03.2026 11:56:55

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002030
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	23.02.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	08.07.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Helmholtzstraße 19 40215 Düsseldorf Deutschland Telefonnummer: +49211913801000 E-Mail-Adressen: service@verbraucherzentrale.nrw Webseiten: <u>www.verbraucherzentrale.nrw</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Wolfgang Schuldzinski**

Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (34):

1. **André Juffern**
2. **Dr. Martin Kuhne**
3. **Stephanie Heise-Künne**
4. **Petra Maier**
5. **Melanie Schliebener**
6. **Thomas Bradler**
7. **Carina Lichtenberg**
8. **Christoph Zerhusen**
9. **Pamela Wellmann**
10. **Dr. Iris van Eik**
11. **Manuela Duda**
12. **Susanne Voss**
13. **Rafael Lech**
14. **Beate Fackeldey**
15. **Dr. Marle Kopf**
16. **Sigrun Krümmel**
17. **Martin Wulf**
18. **Rita Reichard**
19. **Bernhard Burdick**
20. **Kerstin Effers**
21. **Felix Flosbach**
22. **Marie Hartmann**
23. **Silvia Monetti**
24. **Thomas Zwingmann**
25. **Dr. Christian Bala**
26. **Iwona Husemann**

27. **Christine Steffen**
28. **Sabine Wolter**
29. **Gesa Schölgens**
30. **Barbara Schmitz**
31. **Philip Heldt**
32. **Ingo Wagner**
33. **Kolja Ofenhammer**
34. **Wolfgang Schuldzinski**

Gesamtzahl der Mitglieder:

33 Mitglieder am 30.06.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (6):

1. Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
2. KlimaDiskurs.NRW
3. BAGSO - Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e.V.
4. Deutsche Gesellschaft für Reiserecht (DGfR)
5. Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V.
6. Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (31):

Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Allgemeine Energiepolitik; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Gesetzgebung; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Cybersicherheit; Lebensmittelsicherheit; Lebens- und Genussmittelindustrie; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Urheberrecht; Werbung; Zivilrecht; Pflegeversicherung; Rente / Alterssicherung; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Personenverkehr; Schienenverkehr; Verkehrspolitik; Bank- und Finanzwesen; Verbraucherschutz; Versicherungswesen; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Gemäß ihrer Satzung verfolgt die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, unter Berücksichtigung des Allgemeinwohls, den Zweck, die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher wahrzunehmen, den Verbraucherschutz zu fördern, die Stellung der Verbraucher:

innen in der sozialen Marktwirtschaft zu stärken und zu einer Entwicklung nachhaltigen Konsums beizutragen. Eine der in der Satzung konkret festgeschriebenen Aufgaben lautet, die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber der Politik, Verwaltung, Wirtschaftsorganisationen und Anbietern sowie in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Hierzu werden auch direkte Gespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie Vertreterinnen und Vertretern von Bundesministerien geführt, in denen systematische Problemlagen der Verbraucherinnen und Verbraucher in verschiedensten Bereichen des Konsumlebens verdeutlicht werden und aufgezeigt wird, wie diesen auf gesetzgeberischer oder exekutiver Ebene begegnet werden kann. Ebenso werden zu diesem Zweck direkte Anschreiben an den genannten Personenkreis gerichtet.

Zu konkreten Regelungsvorhaben werden zudem regelmäßig auch Stellungnahmen erarbeitet und übermittelt - teilweise in Kooperation mit Partnerorganisationen. Vereinzelt werden auch Abgeordnete des Bundestags sowie Vertreterinnen und Vertreter von Bundesministerien zu Diskussions- oder sonstigen Fachveranstaltungen eingeladen oder auf Veranstaltungen Dritter direkt adressiert.

Konkrete Regelungsvorhaben (21)

1. Beschränkung des datenschutzrechtlichen Auskunftsrechts im Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) verhindern

Beschreibung:

Ziel ist es zu verhindern, dass sich Unternehmen bei der Geltendmachung von Betroffenenrechten zu leicht auf Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse berufen können und Verbraucher:innen dadurch in ihren Betroffenenrechten enorm beschnitten werden.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/10859 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BDSG 2018 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406270110 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. Datenschutz bei automatisierter Entscheidungsfindung und Profiling sicherstellen

Beschreibung:

Ziel ist es, dass die Verbraucher:innen die Wahl haben, ob Unternehmen ihre persönlichen Daten für automatisierte Entscheidungen verwenden dürfen. Zudem muss sichergestellt werden, dass Unternehmen den betroffenen Verbraucher:innen eine verständliche und transparente Information über die involvierte Logik sowie die Tragweite und Auswirkungen solcher automatisierter Entscheidungsprozesse zur Verfügung stellen müssen, damit fehlerhafte Ergebnisse erkannt werden können.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10859 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BDSG 2018 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

3. Haustürgeschäfte nur nach vorheriger Einwilligung ermöglichen

Beschreibung:

Ziel ist es, Haustürgeschäfte einer vorherigen ausdrücklichen Einwilligung zu unterwerfen, um Verbraucher:innen vor ungewollten Verträgen zu schützen.

Interessenbereiche:

Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

4. Regulierung des Influencer-Marketings auf Social Media für Werbung mit Gesundheitsbezug

Beschreibung:

Ziel ist es, Verbraucher:innen auf Social-Media-Plattformen besser vor unzulässiger Gesundheitswerbung zu schützen, indem - angelehnt an das französische "Influencer-Gesetz" - retuschierte Bilder gekennzeichnet werden und von außerhalb der EU werbende Unternehmen einen gesetzlichen Vertreter in Deutschland benennen müssen.

Betroffenes geltendes Recht:

UWG 2004 [alle RV hierzu]; HeilmWerbG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

5. Regulierung der sog. 24-Stunden-Betreuung durch ausländischen Haushalts- und Betreuungskräfte

Beschreibung:

Es soll Transparenz und Rechtssicherheit für Verbraucher:innen hergestellt werden, indem die häusliche 24-Stunden-Betreuung als eigenständige Versorgungsform neben der ambulanten und stationären Pflege rechtlich klar geregelt wird. Dabei müssen qualitative Mindeststandards für diese Betreuungsform festgelegt, fachliche Anforderungen für Vermittlungsagenturen definiert und sie in das SGB XI integriert werden.

Betroffenes geltendes Recht:

ArbZG [alle RV hierzu]; SGB11ÄndG 1 [alle RV hierzu]; AÜG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Pflege [alle RV hierzu]

6. Regulierung von Inkassokosten

Beschreibung:

Auf Basis der vom BMJ durchgeführten Evaluation des "Gesetzes zur Verbesserung des Verbraucherschutzes im Inkassorecht" aus 2021 soll weiterhin darauf hingewirkt werden, überhöhte Inkassokosten zu reduzieren. Darüber hinaus besteht nach wie vor Handlungsbedarf, grundlegende strukturelle Probleme im Inkassowesen, wie Konzerninkasso oder fiktiver Schadensersatz, anzugehen.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]; RDG [alle RV hierzu]; RVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

7. Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung schaffen

Beschreibung:

Der Zugang zu qualifizierten Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen soll für alle einschlägigen Zielgruppen flächendeckend gewährleistet werden. Ziel ist die Schaffung eines Rechtsanspruches auf Schuldnerberatung für alle betroffenen Verbrauchergruppen - zeit- und ortsnahe sowie unentgeltlich. Die in der aktuellen EU-Verbraucherkreditrichtlinie verlangte Sicherstellung entsprechender Angebote durch die Mitgliedstaaten muss in deutsches Recht umgesetzt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1847 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über den Zugang zu Schuldnerberatungsdiensten für Verbraucher (Schuldnerberatungsdienstegesetz - SchuBerDG)

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/2774 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksachen 21/1847, 21/2458, 21/2669 Nr. 15

- Entwurf eines Gesetzes über den Zugang zu Schuldnerberatungsdiensten für Verbraucher (Schuldnerberatungsdienstegesetz - SchuBerDG)

Bundesrats-Drucksachenummer:

BR-Drs. 436/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über den Zugang zu Schuldnerberatungsdiensten für Verbraucher (Schuldnerberatungsdienstegesetz - SchuBerDG)

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2602230022 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

[alle SG dorthin]

8. Verbesserung des Schutzes vor Überschuldung durch Kreditaufnahme

Beschreibung:

Überschuldung, vor allem im Bereich der zunehmenden digitalen Kreditangebote, soll dadurch verhindert werden, dass verbraucherschützende Regelungen der EU-Verbraucherkreditrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden. Dazu gehören u. a. Werbebeschränkungen und -verharmlosungen, eine Bonitätsprüfung für jede Kreditform und -höhe unter Einbeziehung von Einnahmen und Ausgaben, zeitnahe Unterstützungsangebote und geeignete Maßnahmen, um Kreditkündigungen zu vermeiden.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

9. Sicherstellung des Existenzminimums bei gepfändeten Girokonten

Beschreibung:

Ziel ist die weitere Anpassung der Regelungen zum Pfändungsschutzkonto, um das pfändungsgeschützte monatliche Existenzminimum für alle Familienkonstellationen barrierefrei sicherzustellen.

Betroffenes geltendes Recht:

ZPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [\[alle RV hierzu\]](#); Verbraucherschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

10. Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens in der Verbraucherinsolvenz erhalten

Beschreibung:

Im Zuge der Evaluation des "Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Anpassung pandemiebedingter Vorschriften im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins- und Stiftungsrecht sowie im Miet- und Pachtrecht" soll darauf hingewirkt werden, dass es bei der Verkürzung der Restschuldbefreiungsfrist auf 36 Monate bleibt.

Betroffenes geltendes Recht:

[InsO \[alle RV hierzu\]](#); [EGInsO \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Verbraucherschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406270160 \(PDF - 5 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

11. Speicherfristen insolvenzbezogener Daten durch Wirtschaftsauskunfteien verkürzen

Beschreibung:

Die Speicherfristen insolvenzbezogener Merkmale durch private Auskunftsteien sollen gesetzlich auf sechs Monate befristet sein. Dies soll auch die Speicherung von Merkmalen außergerichtlicher Einigungsversuche im Vorfeld einer Verbraucherinsolvenz umfassen.

Betroffenes geltendes Recht:

[InsO \[alle RV hierzu\]](#); [EGInsO \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Verbraucherschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

12. Nationales Verbot von Einweg-E-Zigaretten

Beschreibung:

Einweg-E-Zigaretten sollen in Deutschland verboten werden, insbesondere um diesbezügliche Ressourcenverschwendung, Achtlosigkeit bei der Entsorgung und Umweltverschmutzung zu beenden.

Betroffenes geltendes Recht:

[ElektroG 2015 \[alle RV hierzu\]](#); [KrWG \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2407290004](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

13. [Gewährleistung digitaler Teilhabe für alle Verbraucherinnen und Verbraucher](#)

Beschreibung:

Im Zuge des TK-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetzes wird angeregt, durch Anpassungen des Minderungsrechts und des Rechts auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten (RaVT) sicherzustellen, dass für alle Verbraucherinnen und Verbrauchern ein ausreichender Zugang zu Telekommunikationsdiensten gewährleistet wird, um eine digitale Teilhabe zu ermöglichen.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/13171](#) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Telekommunikationsnetzen (TK-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz)

Zuständiges Ministerium: [BMDV](#) (20. WP) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[TKG 2021](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Verbraucherschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2410160001](#) (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.10.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

14. [Regulierung von Restschuldversicherungen](#)

Beschreibung:

Sicherung der bestehenden und bei Bedarf Verbesserung der Regulierung zu Restschuldversicherungen, insbesondere deren Vertrieb.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 21/1851](#) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über
Verbraucherkreditverträge

Zuständiges Ministerium: BMJV [\[alle RV hierzu\]](#)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJV): Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über
Verbraucherkreditverträge (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

VVG 2008 [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [\[alle RV hierzu\]](#); Verbraucherschutz [\[alle RV hierzu\]](#);

Versicherungswesen [\[alle RV hierzu\]](#)

15. **Verbesserung der Verbraucherpositionen in der Verbraucherinsolvenz**

Beschreibung:

Das Verbraucherinsolvenzverfahren soll für Verbraucher einfacher und effektiver werden. Hierfür bieten sich verschiedene Reformverbesserungen an, etwa die Vereinfachung der Antragsformulare, die Durchführung eines gerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens nur auf Antrag des Schuldners und die Auflösung der sog. Verstrickungsproblematik im Insolvenzverfahren.

Betroffenes geltendes Recht:

InsO [\[alle RV hierzu\]](#); VbrInsVV [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [\[alle RV hierzu\]](#); Verbraucherschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

16. **Reform der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge ("Riester-Rente")**

Beschreibung:

Durch die Reform soll die staatlich geförderte private Altersvorsorge (die bisherige Riester-Rente) effizienter gemacht werden. Unser Ziel ist die Einführung eines öffentlichen Altersvorsorgefonds auf Aktienbasis, in den Verbraucher automatisch einbezogen werden, dem sie aber widersprechen können. Es soll auf diese Weise sichergestellt werden, dass alle Verbraucher gleichermaßen die Möglichkeit bekommen, gut und günstig für das Alter vorzusorgen.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/4088 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der steuerlich geförderten privaten Altersvorsorge
(Altersvorsorgereformgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMF [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [\[alle RV hierzu\]](#); AltZertG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

17. Schutz vor Strom- und Gassperren durch Abwendungsvereinbarungen verbessern

Beschreibung:

Der Schutz vor Strom- und Gassperren soll verbessert werden. Abwendungsvereinbarungen zur Verhinderung von Strom- und Gassperren sollen allen Verbrauchern verpflichtend angeboten werden. Bisher sind so nur Verbraucher:innen in der Grundversorgung geschützt.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1497 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Energiebereich sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWE): Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Energiebereich, zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften sowie zur rechtsförmlichen Bereinigung des Energiewirtschaftsrechts (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

18. Unabhängigkeit und Qualität der Bildungsangebote im Rahmen der Initiative Finanzielle Bildung sicherstellen

Beschreibung:

Das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium für Bildung und Forschung planen im Rahmen der Initiative "Finanzielle Bildung" unter anderem eine nationale Finanzbildungsstrategie und den Auf- und Ausbau einer Finanzbildungsplattform. Dabei müssen die Unabhängigkeit der Bildungsangebote von wirtschaftlichen Interessen sichergestellt und notwendige Qualitätsstandards etabliert werden.

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

19. Verbraucherschutz im Bereich der Allgemein-Verbraucherdarlehen stärken

Beschreibung:

Verbraucher sollen bereits im Vorfeld der Kreditaufnahme durch verschiedene Maßnahmen vor Überschuldung geschützt werden. Dazu gehören auch "Buy now, pay later"-Konstellationen. Bei finanziellen Schwierigkeiten soll die Zwangsvollstreckung und nachfolgende Überschuldung vermieden werden, u. a. durch frühzeitigen – verpflichtenden – Verweis an unabhängige Schuldnerberatungsdienste.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/1851 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über Verbraucher kreditverträge

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJV): Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über Verbraucher kreditverträge (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]; BGBEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

20. Besserer Schutz von Verbraucher:innen und der Umwelt vor Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS)**Beschreibung:**

Die Gesundheit von Verbraucher:innen soll besser vor Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS) geschützt werden. Dazu ist sowohl eine Beschränkung der Verwendung in verbrauchernahen Produkten notwendig als auch die Regulierung der Produktion und industriellen Anwendung, da PFAS auch über die Nahrung und über das Trinkwasser Verbraucher:innen belasten. Die Bundesregierung sollte sich daher, auf Basis der wissenschaftlichen Erkenntnisse, für eine umfassende PFAS-Beschränkung auf EU-Ebene einsetzen.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509100008 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.05.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

21. Schutz von Kinder vor gesundheitsschädlichen Chemikalien in Spielzeugen**Beschreibung:**

Zum Schutz ihrer Gesundheit sollten Kinder vor gefährlichen Chemikalien wie PFAS, Bisphenolen und endokrinen Disruptoren in Spielzeug geschützt werden. Die Bundesregierung sollte sich dafür stark machen, dass dies bei der Revision der EU-Spielzeugrichtlinie beachtet und das Vorsorgeprinzip im Gesetz verankert wird.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509100009 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (9):

1. **Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Düsseldorf
Betrag: 29.980.001 bis 29.990.000 Euro
Institutionelle Förderung
2. **Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Düsseldorf
Betrag: 2.870.001 bis 2.880.000 Euro
Förderung von Projekten aus den Themenfeldern digitaler Verbraucherschutz sowie
Lebensmittel bzw. Ernährung
3. **Kommunen in NRW**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
ganz NRW
Betrag: 13.120.001 bis 13.130.000 Euro
Förderung der Beratung in den Beratungsstellen in den einzelnen Kommunen
4. **Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 650.001 bis 660.000 Euro

Förderung von Projekten aus den Bereichen Ernährung bzw. Ernährungsarmut

5. **Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Düsseldorf

Betrag: 330.001 bis 340.000 Euro

Förderung von Projekten aus dem Bereich Klimafolgenanpassung

6. **Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 3.080.001 bis 3.090.000 Euro

Förderung von Projekten insb. aus den Bereichen wirtschaftlicher Verbraucherschutz, Verbraucherbildung, Verbraucherschutz bei Gesundheitsinformationen aus der digitalen Welt sowie nachhaltiger Konsum.

7. **Bundesverband der Verbraucherzentralen**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Düsseldorf

Betrag: 810.001 bis 820.000 Euro

Weiterleitung von Projektmitteln für Energieberatung und Mittel für die inhaltliche Zusammenarbeit der Verbraucherzentralen

8. **Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Düsseldorf

Betrag: 320.001 bis 330.000 Euro

Förderung von Projekten zur Information von Verbrauchern bzw. Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen zu Fragen rund um die Themen Pflege bzw. Pflegemarkt.

9. **Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Düsseldorf

Betrag: 710.001 bis 720.000 Euro

Förderung eines Projekts zu Pfändungsschutzkonten sowie der Verbraucherinsolvenzberatung.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

530.001 bis 540.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (4):

1. **Sparkasse Essen**
Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro
Spende
2. **Stadtwerke Krefeld**
Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro
Spende
3. **Sparkassenverband Westfalen-Lippe**
Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro
Spende
4. **Rheinischer Sparkassenverband**
Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro
Spende

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Bilanz-und-GuV-vom-WP.pdf